

Suspension zu richten. Fürst Bismarck wird also als Vorsitzender des Gesamtministeriums in der Lage sein, ein Urteil über sein Vorgehen als Handelsminister abzugeben.

Die „N. P. Btg.“ bemerkt heute: „Als wir gestern die Nachricht von der bevorstehenden Entsendung der Korvette „Gneisenau“ nach dem Mittelmeere bestritten, waren wir berechtigt, dies in gutem Glauben zu thun; nichts desto weniger hat sich dieser Zweifel als irrig erwiesen: Korvette „Gneisenau“ und Aviso „Zieten“ werden zur Entsendung nach dem Mittelmeere in Dienst gestellt. (Vgl. vor. Nr.) Die Korvette „Gneisenau“ gehört zu den Kreuzern, und bis jetzt nur Probefahrten gemacht und wurde vielfach als das Schiff genannt, auf dem der Prinz Heinrich von Preußen seine zweite Seereise machen sollte. Die Korvette stand bis jetzt in der Reserve, führt 16 Kanonen, hat ein Displacement von 2856 Tonnen, 2500 indicierte Pferdekraft und eine Besatzung von 379 Mann. Der Aviso „Zieten“ wurde bisher vielfach bei Torpedoversuchen benutzt, stand auch in der Reserve, hat 4 Geschütze, ein Displacement von 975 Tonnen, 2350 indicierte Pferdekraft und eine Besatzung von 102 Mann. Der Kapitän zur See Freiherr v. d. Goltz, Kommandant der „Gneisenau“, war im vorigen Jahre Ober-Werft-Direktor in Kiel, in diesem Jahre Kommandant der zu Probefahrten in Dienst gestellten Korvette „Sachsen“, und ist der älteste Offizier der in den ägyptischen Gewässern später vereinigten deutschen Seestreitkräfte, die dann 43 Geschütze und eine Besatzung von 898 Mann zählen werden. Korvetten-Kapitän Varandon war bisher Kommandant des Avisos „Grille“ beim Panzer-Übungs-Geschwader.

Die vom Reichstage in seiner letzten Session abgelehnte Errichtung einer Unteroffizierschule in Neubereich ist (wie die „Deutsche Heeres-Btg.“ meldet) keineswegs als aufgegeben anzusehen. Vielmehr ist ein Baumeister gegenwärtig dort mit der Anfertigung von Plänen und Kostenanschlägen für ein Institut beschäftigt, welches vorerst nur für die Söhne von Unteroffizieren bestimmt sein soll.

In den Blättern ist gegenwärtig viel von den „Staatspfarrern“ der Diözese Breslau die Rede. So werden nämlich diejenigen Geistlichen genannt, welche auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 über die Verwaltung ererbiger katholischer Bistümer infolge direkter Berufung durch die präsentationsberechtigten Patrone geistliche Stellen angenommen hatten, ohne von dem durch den Kirchengerichtshof für abgesetzt erklärten Fürstbischof Förster eine kirchliche Mission eingeholt oder erhalten zu haben. Als nun der neue Fürstbischof Herzog eingesetzt war, unterwarfen sie sich demselben zwar sogleich und erklärten, ihn als ihren Bischof anzuerkennen, allein er that ihnen kund, daß sie sich durch die Übernahme ihrer Stellen ohne kirchliche Mission einer Handlung schuldig gemacht, welche das Concilium von Trident mit dem Anathem belege, und forderte sie auf, diese Stellen sofort niederzuliegen, ihren Patronen davon Anzeige zu machen und sich aller geistlichen Handlungen zu enthalten. Nun führen liberale Blätter aus, daß der Fürstbischof hierdurch eine Handlung begangen habe, welche in den sogenannten Gesetzen mit Strafe bedroht sei. Die „Germania“ rechtfertigt dagegen das Verfahren des Fürstbischofs. Die übrigen neuernannten Bischöfe — sagt sie — würden ebenso vorgegangen sein, hätten sie in ihren Sprengeln „Staatspfarrer“ vorgefunden. Ueberdies habe die Regierung die Institution derselben selbst preisgegeben. Regierungsblätter haben sich über die Angelegenheit bisher nicht ausgesprochen; dagegen hat einer der sogenannten Staatspfarrer Namens Gerb das oben erwähnte Schreiben des Fürstbischofs von Breslau beantwortet; er fordert Aufschluß über das fürstbischöfliche Vorgehen; falls ihm binnen Monatsfrist eine Aufklärung nicht zugehe, werde er die Angelegenheit dem kirchlichen Gerichtshofe unterbreiten.

Die „Schles. Volksztg.“ bezweifelt die Zuverlässigkeit der Meldung, daß der Fürstbischof von Breslau den Wunsch ausgesprochen habe, die Geistlichen möchten in Anbetracht des Priestermangels nicht für den Landtag kandidieren. Bis zur Stunde sei den Geistlichen ein solcher bestimmter Wunsch nicht zugekommen.

Die hiesigen Anti-Fortschrittler beginnen, sich für die bevorstehende Landtagswahl zu rüsten. Herr Stücker, der Führer der christlich-socialen Partei, will in den nächsten Tagen von einer Ferienreise wieder hier eintreffen, und es sollen dann sofort die Versammlungen wieder aufgenommen werden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der Wahlkampf dies Mal hier ein sehr heftiger werden, obgleich die Anti-Fortschrittler von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg haben. Die sogenannten besitzenden Klassen, welche bei den Censuswahlen den Ausschlag geben, sind fast durchgängig fortschrittlich oder liberal gesinnt. Die Anti-Fortschrittler rekrutieren sich zumeist aus Kleinhandwerkern, Beamten und vereinzelt Arbeitern. Zu den Fortschrittler gehört in erster Linie die gesamte und mächtige Judenthüm, zu ihnen gesellen sich die meisten Lehrer, Kommunalbeamten, die fortschrittlich gesinnten Arbeiter u. s. w. Das Gros des Arbeiterstandes ist und bleibt indes social-demokratisch und wird sich schwerlich an der Landtagswahl beteiligen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Anti-Semitismus in der hiesigen Wahlbewegung eine große Rolle spielen. Man wird nicht nur die Affaire Tisza-Eszlár, sondern vor allem auch den Einfluß des Judentums auf das gesamte Berliner Leben auszunutzen suchen. Bereits arbeiten die Anti-Semiten an einer Statistik der Berliner Häuser, die sich entweder ganz oder teilweise in jüdischen Händen befinden, und an einer Statistik der in Berlin befindlichen jüdischen Geschäfte. Diese Statistik soll dann in den Wählerversammlungen entsprechend verwertet werden. Es läßt sich nicht leugnen, daß die antisemitische Bewegung hier immer mehr Terrain gewinnt und bis in die höchsten Kreise hinein zahlreiche Anhänger besitzt. Viel haben zur Stärkung des Anti-Semitismus neuerdings die Sammlungen für die russischen Juden beigetragen, für welche unsere fortschrittlichen Größen mit einem Eifer eintraten, der sehr vermehrt wird, wenn es um Hilfsmaßregeln für durch Elementar-Ereignisse verunglückte Landeskinder sich handelt. Es sei hier nur an das wiederholt so hart heimgeführte Oberschlesien erinnert. Über 500000 Mk. hat das hiesige Lokalkomitee für die russischen Juden gesammelt; gewiß ein anerkennenswerter Sammeleifer, nur wird er leider vielfach Unwürdigen zu gute kommen. Die ausgewanderten russischen Juden erweisen sich nämlich größtenteils als arbeitsscheue Menschen, welche jetzt in beträchtlicher

Anzahl von Amerika nach Europa zurücktransportiert werden; selbst ihre amerikanischen Glaubensgenossen mögen nichts mit ihnen zu schaffen haben und freuen sich, sie wieder los zu werden. Die liberale Presse ist denn auch recht ruhig geworden und scheint es gar nicht für mitteilenswert zu halten, daß jetzt ganze Trupps, welche Amerika nicht haben will, wieder hier durchpassieren.

Belpin, 11. August. Nach dem „Bielgrzym“ weigern sich die beiden am Montag installierten neuen Domherren Dr. Redner und Defan Steinigke das Staatsgehalt anzunehmen, so lange das Brotkorbgesetz nicht für die ganze Diözese aufgehoben ist.

Karlsruhe, 11. August. Der „N. P. B.“ schreibt man von hier: In welcher unverhältnismäßigen Anzahl jüdische Schüler auch in unserem Lande die Mittelschulen besuchen, beweisen folgende Zahlen: Im Gymnasium zu Mannheim befanden sich im letzten Schuljahre unter 617 Schülern 172 israelitische; in dem schwachbesuchten Gymnasium zu Offenburg 30; in der höheren Bürgerschule zu Weisbach 34 jüdische Schüler (unter 77); im Realgymnasium zu Ettenheim 57 (unter 151), in den Gymnasien zu Rastatt und Freiburg 22 bez. 34 jüdische Schüler. Das sind Zahlen, die zu denken geben, im Vergleich zu den 2 Prozent Juden, die es im Lande giebt.

München, 11. August. Der Ausschuss für „Katholische Reformbewegung“ hatte nach Entziehung der Gastfreundschaft an das Kultusministerium auch die Bitte um Gestattung einer Sammlung durch das ganze Land behufs Erbauung einer „altkatholischen“ Kirche in München gerichtet. Diese Genehmigung ist vom König auf Antrag des Kultusministeriums erteilt worden.

Fürth, 11. August. Hofprediger Stöcker aus Berlin hielt gestern abend hier einen Vortrag. Der Redner wurde von der äußerst zahlreichen Versammlung mit Bravour und Bischen empfangen. Er legte dar, er halte es für besser, wenn im öffentlichen Leben Leute verschiedener Gesinnungen sich berührten, als wenn die Parteien sich schroff gegenüberstünden und nur Haß und Verachtung gegen einander hätten. Auf seiner Rückreise nach Berlin habe er die industriellen Herrlichkeiten in Nürnberg gesehen und sich gefragt: Haben die Förderung der Industrie und der Gewerbe mit der Förderung des Arbeiterwohlwobes gleichen Schritt gehalten? Den Socialdemokraten sind wir dank schuldig, daß sie uns die sociale Frage vor die Augen rücken. Was nur Menschentrast vermag, will unser Kaiser und Kanzler thun, um die Lage der arbeitenden Bevölkerung besser zu gestalten. Wir stehen in denselben Bedingungen wie vor hundert Jahren. Wer sich auf das Fühlen des Völkerpulses versteht, muß dafür sorgen, daß die Gärung befeitigt und dem Arbeiter klar wird, daß es die Regierung mit ihm gut meint. Sonst ist eine sociale Revolution unvermeidlich, gegen welche die französische Revolution ein bloßes Kinderpiel war, weil jetzt alle Völker beteiligt sein würden. Gegenüber den Bestrebungen bei uns, in Frankreich, Rußland und Amerika wäre es Thorheit, eine Vogel-Strauß-Politik auch ferner zu beobachten. Es gilt klar, daß, wie die Regierung es thut, die drohende Gefahr zu beschwören. Wenn der radikale Liberalismus ein parlamentarisches Königtum hätte, zweiwährige Militärdienstzeit eingeführt würde, die indirekten Steuern und Zölle aufhörten, so wäre damit für die Abwendung der socialen Gefahren nichts erreicht. Da die radikalen Parteien sehr reserviert gegenüber diesen Fragen sich verhalten, sind sie der Zukunft nicht gewachsen. Wer glaubt, daß alles gebe auf dem Wege der Freiwilligkeit, den darf man nicht um seine staatsmännliche Einsicht beneiden. Für mich, fuhr Redner fort, hat es etwas Ergreifendes, den Fürsten Bismarck mit seinem gesunden Menschenverstand, umgeben von Feinden und Angriffen, zu sehen, wie er den Rest seines großen staatsmännlichen Lebens der socialen Reform widmet. Nach einer Reichstags-Rede setzt Bismarck sein Vertrauen nur auf die Dynastien. Ich sehe nicht so schwarz. Freilich, die begeisterte Zeit ist verschwunden, wo das ganze Volk einig auf blutiger Straße gestanden. Ich war drei Jahre Militärvorber in Weß; rührend war das mutige, schöne Zusammenleben, der Eudemut und die Ergebenheit der Katholiken und Protestanten damals zu sehen. (Rufe: Juden auch! Große Unruhe.) In Weß sind gar wenig Juden gewesen, Weß ist ja nicht Fürth! (Großer Tumult.) Die Matrikular-Umlagen, führte Redner ferner aus, sind ungerecht, weil der Kopf der Bevölkerung maßgebend ist; eine Abschaffung ist durch die neue Volkspolitik und die indirekten Steuern nahezu erreicht. Absolut notwendig ist es, dem kleinen Manne die Klassensteuer von den Schultern zu nehmen. Redner sprach dann ausführlich über Zölle und indirekte Steuern, dieselben verteidigend, freite den Kulturkampf, der nichts genutzt habe; nahm die Protestanten in Schutz, daß sie in politischen Fragen über die große Scheidewand der Religion hinweg den Katholiken die Hand reichen, und bezeichnete den Schwund der siebenziger Jahre als Schmach für die deutsche Nation. Pflicht des Staates sei, die sociale Klust zu schließen, Sicherheit zu schaffen für den kleinen Mann, den Mittelstand und den Landmann, durch Schulzölle, Unfallversicherung und Entlastung des Grundbesitzes. Es werde nicht zu viel produziert, sondern zu wenig konsumiert. In Berlin stürzen sich die Juden auch ins öffentliche Leben, sie wollen daselbe durch ihre Zeitungen und das Versammlungsleben beherrschen. Das deutsche Volk aber ist ein christliches Volk; wenn ein zu großer Prozentsatz Juden Richterstellen und Professuren einnimmt, so kann man es den Deutschen nicht verdenken, wenn sie Herr im eigenen Hause sein wollen. Ein jüdischer Staat würde sich umgekehrt auch so einbringen von Christen nicht gefallen lassen. Auf die Erregungenschaften des Christentums hinweisend, wünscht Redner, daß das ganze deutsche Volk vom Christentum ganz und voll erfüllt werde, damit Obrigkeit und Bürgertum, Boornehm und Gering, Arm und Reich der Zukunft ruhig entgegensehen könnten, weil sie Frieden unter einander hielten. (Großer Beifall und Bischen.) Mit einem Hoch auf Kaiser Wilhelm und König Ludwig wurde die Versammlung geschlossen.

Wien, 11. August. Der König Milan von Serbien traf heute nachmittag hier ein und empfing den Besuch des Ministers des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, welcher eine volle Stunde bei dem Könige verweilte.

Bemberg, 10. August. Die „Dziennik Polski“ zum Ruthehenprozeß mittelst, wurde der P. Naumowicz wegen seiner im Ruthehenprozeß für die griechisch-orientalische Kirche geduldeten Sympathien a sacris suspendiert und gegen ihn die kanonische Disciplinarverhandlung eingeleitet. Die Untersuchung wider den, panславийischer Agitationen beschuldigten Mazur ist bereits beendet, und findet die Hauptverhandlung in der nächsten Geschworenensitzung statt.

Nach einer Meldung der „N. F. B.“ aus Agram wurde der jüngst deforirte Bürgermeister von Banjalufa, ein Mubamedaner, am Ramazanfest, den 6. August abends, vor der Moschee erstochen.

Triest, 11. August. (B.) Gestern wurde der Turnerlehrer Beltramini auf Requisition des Gerichtes verhaftet. Er stand bereits als Reserve-Korporal bei einem Regiment in Bosnien in Untersuchung, weil er einberufenen Reservisten die Defektion nach Italien erleichtert hatte. — Heute abend drohten abermals nach dem Papstreich Demonstrationen, wurden jedoch durch das umsichtige Einschreiten der Polizei hintangehalten und beschränkten sich auf einige patriotische Rufe vor der Kaserne, dem Café „Chioggia“ und der Redaktion des „Independente“. Die Untersuchung wegen des Bomben-Attentats schreitet fort. Man glaubt den Thäter zu haben, hofft auch die Mithuldigen aufzufinden.

Buda-Pest, 11. August. Zum Tisza-Eszlárer Fall telegraphiert man der „N. F. B.“: Infolge des zwischen dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter ausgebrochenen Konfliktes stockt die Untersuchung gegen die Tisza-

Eszlárer Juden. Der Justizminister ersuchte den Oberstaatsanwalt Rozma, persönlich zu intervenieren, derselbe lehnte diese Aufforderung ab, worauf der Justizminister den Ministerialrat Bergzelly, mit Vollmachten versehen, nach Nyregyhaza ermittelte. Da der Staatsanwalt die Zustimmung zur Herausgabe des Sektionsprotokolls der angeschwemmten Leiche an die Verteidiger verweigert, wird der Nyregyhazer Gerichtshof in dieser Angelegenheit entscheiden. — Nach einer Depesche des „Egypertes“ hat der Untersuchungsrichter Bary am Dienstag einen angeblich von einem Juden geschriebenen, mit dem Poststempel Fünfkirchen versehenen Brief erhalten, in welchem zugegeben wird, daß an Esther ein rituelles Mord vollbracht worden sei. Es sind darin alle Details beschrieben, und wird Scharf als der Thäter bezeichnet. Weiter sind die Worte des Talmud angeführt, welche der Schächter Schwarz bei der That gesprochen habe. Esther sei chloroformiert worden, damit sie im Tempel nicht schreien könne; ihren Leichnam möge man nicht suchen, da derselbe bei Beginn der gerichtlichen Untersuchung verbrannt worden sei. Man möge nur diejenigen verdammen, welche solches lehren, aber die andern retten, welche aus Frömmigkeit so handeln mußten. Schließlich wird Bary vor einem schwarzgefügten Briefe gewarnt.

Niederlande.

Amsterdam, 10. August. Der König hat sich geweigert, das von Taak ausgearbeitete Programm der Verfassungs-Revision anzunehmen. Infolge dessen lehnte Taak ab, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen.

Frankreich.

Paris, 11. August. Der „Temps“ schreibt unter Hinweis auf die jüngsten diplomatischen Vorgänge, die Hauptsache sei, daß England ein Zeichen seiner Lebenskraft und seiner Initiative gegeben und Europa daran erinnert habe, daß es eine Macht sei, mit der man rechnen müsse. Auf der Konferenz seien zwei Richtungen der europäischen Politik hervorgetreten, von denen jede eine Allianz mit Frankreich gesucht habe. Das jüngste Kammervotum habe dem französischen Kabinett die volle Aktionsfreiheit zurückgegeben. — Die Sprache der französischen Journale ist im allgemeinen eine England günstige. Das neue französische Kabinett wird von den Journalen nicht als ein gambettistisches oder anti-gambettistisches, sondern vielmehr vorwiegend als ein Kabinett der Versöhnung zwischen den verschiedenen parlamentarischen Gruppen beurteilt.

Der neue Minister-Präsident Duclerc erklärte in einer Unterredung mit dem Redakteur des „Voltaire“, daß er das Kabinett nur in Anbetracht der außerordentlich schweren Lage übernommen, nachdem er bei früheren Krisen bereits sechsmal abgelehnt habe. Duclerc fügte hinzu, das Ministerium sei kein Geschäftsministerium, sondern habe eine feste und bestimmte Politik. Seine Haltung in der ägyptischen Angelegenheit werde in einigen Tagen aufgeklärt werden.

Der neue Minister des Äußeren bereitet ein Rundschreiben an die französischen Vertreter im Auslande vor, worin er ihnen seine Ansichten über die Haltung in der ägyptischen Frage mitteilen und entwickeln wird, was er unter der „Nicht-Abkennung Frankreichs“ versteht. Die Wiedereröffnung der Kammern ist auf den 6. November in Aussicht genommen.

Der Minister des Innern wird kein Rundschreiben an die Präfekten erlassen, sondern er gedenkt, dieselben der Reihe nach zu sich nach Paris zu beschicken und mit ihnen zu konferieren. Bis zum 21. August, an welchem Tage die Session der Generalräte beginnt, werden auf diese Weise alle Präfekten die für die besonderen Verhältnisse ihres Departements sowohl in politischer als in administrativer Hinsicht geeigneten Instruktionen erhalten haben. Diese Instruktionen werden sämtlich in der ausdrücklichen Aufforderung gipfeln, die Präfekten sollten die verschiedenen Fraktionen der republikanischen Majorität mit einander zu versöhnen suchen und mit allen Kräften an diesem patriotischen Werke arbeiten, welches gegenwärtig für die Interessen der Republik das Wichtigste ist.

Als Probe der gegenwärtig herrschenden bösartigen Stimmung kann folgende „Bilanz der Session“ dienen welche die „Liberté“ aufstellt: Passiva: Innere Politik. Drei Ministerien in acht Monaten gestürzt, nachdem man sie mit Beweisen der Sympathie und Vertrauensvoten überschüttet hatte. Vergebung der parlamentarischen Sitzungen in mühsigen Interpellationen. Tiefe Spaltungen der Parteien und Verwirrung der Ideen. Auswärtige Politik. Diplomatische Zurückziehen Frankreichs in Europa. Inkonssequenzen. Die Kammer giebt Herrn Jules Ferry alle Mittel, den Feldzug in Tunesien zu unternehmen, und führt ihn, weil er den Fiskus unternommen hat. Am 14. November beschließt sie Herrn Gambetta und sein republikanisches Programm; am 26. Januar 1883 führt sie ihn bei der Revisionsfrage. Sie votiert die Armierung der Reserverotte für den Fall einer beschränkten Intervention in Ägypten und einige Tage nachher verweigert sie die zu dieser Intervention bestimmten Kredite. Sie stützt Herrn Gambetta, weil er zu viel garnie, und Herrn de Freycinet, weil er nicht genug garnie, um sie zu reformieren. Die Verfassungsrevision eingescharrt, die Gerichtsreform in den Ausschüssen erstickt, die Militärreform kaum entworfen, die socialen und ökonomischen Reformen vernachlässigt oder beseitigt, die Decentralisationsreformen auf unbestimmte Zeit verlagert. Allgemeine Interessen. Das Budget nach den Ferien verlagert, die Finanz-Bauten, Eisenbahnfragen auf unbestimmte Zeit verlagert, der Handelsvertrag mit England verfallen. Aktiva. Die Reorganisation der Schulen, der Tribunale und des Eides, das Scheidungs-gesetz. Gewinn und Verlust. Da das Budgetgleichgewicht unweifelhaft, werden keine Dividenden, weder unter der Form nützlicher Unternehmen, noch unter der Form von Steuerherabminderung, verteilt. Allgemeine Bilanz. Aufregung im Lande, Verabschießung des parlamentarischen Regimes, Nachlosigkeit der Regierung, Ungebuld der öffentlichen Meinung, Mißvergnügen des Landes und vielleicht nächstens der Mißredit der Republik.

Der Berliner „Post“ meldet man von hier: Gambetta arbeite jetzt auf Neuwahlen hin, diese könnten aber leicht zu einem Siege der Reaktion und einer Diktatur des Herzogs von Aumale führen; letztere würde den Krieg mit Deutschland bedeuten, zumal der Herzog in der Armee populär ist.

Wie „Avenir militaire“ mittelst, hat Kriegsminister Billot beschlossen, diesmal den ausländischen Offizieren, die den Herbstmanövern der französischen Armee beizuwohnen, keine Orden mehr zu geben. „Rappel“ bemerkt dazu, diese Anordnung verdiene verallgemeinert zu werden, denn es sei sonderbar, den auswärtigen Offizieren, wenn nicht den Feinden, welche von ihren resp. Regimentern hiergeschickt würden, um Frankreichs schwache Seiten herauszufinden, wo eines Tages am besten angegriffen werden könnte, dafür noch Ordensbänder und Kreuze zu verleihen.

Der Konseilspräsident und Minister des Auswärtigen hat die Erlaubnis zur Eröffnung einer Lotterie für die